

GN # 66



LAND BRANDENBURG

Stadt Ludwigsfelde

Fachbereich III
Eingegangen am:

13. DEZ. 2023

Eingangs-Nr.

weiter an:

Erledigung bis:

Landesbetrieb Forst Brandenburg | Oberförsterei Wünsdorf | Steinplatz 1 | 15806 Zossen

Landesbetrieb
Forst Brandenburg

- untere Forstbehörde -

Oberförsterei Wünsdorf

Stadt Ludwigsfelde
Stabsstelle Stadtentwicklung
Rathausstraße 3
14974 Ludwigsfelde



Bearb.: Lukas Rolle
Gesch.Z.: LFB 16.02-7026-
31B/344+37/22
Hausruf: +49 3378 2000260
Fax: +49 33702 2114049
Obf.Wuensdorf@LFB.Brandenburg.de
www.forst.brandenburg.de
www.forstwirtschaft-in-deutschland.de

Zossen, 12.12.2023

Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB / Bebauungsplan Nr. 49 "Wegeverbindungsplan zwischen Ludwigsdorf/Ahrensborfer Heide und Zentrum/Potsdamer Straße" der Stadt Ludwigsfelde

Vorentwurf Stand November 2023

ihre Beteiligung vom 10.11.2023

Hier: Stellungnahme der unteren Forstbehörde

Sehr geehrter Herr Kugel,

zu den eingereichten Unterlagen zu den Vorentwurfsplanungen für den o.g. Bebauungsplan, nehme ich wie folgt Stellung:

Gemäß den vorliegenden Unterlagen werden forstrechtliche Belange in beiden aufgeführten Varianten direkt berührt durch die Überplanung von Waldflächen (Wald im Sinne des § 2 LWaldG¹).

Umweltprüfung

Bezüglich der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sind im Rahmen der Schutzgutbetrachtung die Auswirkungen der Planung auf die angrenzenden Waldbestände zu untersuchen. Dabei ist insbesondere die Waldbrandgefährdung und deren Abwehr zu prüfen.

Nutzungsartenänderung

Die Umsetzung der Darstellungen in den Planzeichnungen des Vorentwurfs erfordert eine Nutzungsartenänderung (Waldumwandlung) i.S. § 8 LWaldG. Bei der Zulässigkeitsprüfung ist die aktuelle Waldfunktionskartierung zu beachten. Auf den betroffenen Waldflächen sind die nicht-kompensierbaren Waldfunktionen „Lokaler

Dienstgebäude

Steinplatz 1

Telefon

15806 Zossen

Fax

(033702) 2114000

(033702) 2114049

Klimaschutzwald" und „Erholungswald Intensitätsstufe 2" kartiert. Kann eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart auf Grund der im Einzelfall zu erfüllenden Waldfunktionen nicht kompensiert werden, so ist die Genehmigung einer Waldumwandlung auf konkret diesen Flächen aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen. Dennoch kann die Waldumwandlung im zu betrachtenden Einzelfall ausnahmsweise genehmigungsfähig sein, sofern im Abwägungsprozess das öffentliche Interesse an der Umwandlung überwiegt.

Seitens der unteren Forstbehörde könnte einer Umwandlung im vorliegenden Fall voraussichtlich im Rahmen der Abwägung zugestimmt werden.

Es ist beabsichtigt, den Bebauungsplan forstrechtlich zu qualifizieren. Gemäß § 8 Abs. 2 LWaldG steht der Genehmigung zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart gleich, wenn in einem rechtskräftigen B-Plan nach § 30 BauGB² eine anderweitige Nutzung vorgesehen ist, sofern darin die hierfür erforderlichen forstrechtlichen Kompensationen zum Ausgleich der nachteiligen Wirkungen festgesetzt sind.

Damit der B-Plan die Anforderungen zur Waldumwandlung und deren Kompensation gemäß § 8 Abs. 2 Satz 3 LWaldG erfüllt (siehe Gemeinsamer Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) und des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) zur Anwendung des § 8 Abs. 2 Satz 3 LWaldG auf Bebauungspläne vom 14. 08. 2008), muss er zu nachfolgend genannten Inhalten Aussagen enthalten.

Diese Aussagen müssen spätestens zu Beginn der öffentlichen Auslegung und der Behördenbeteiligung im Entwurf vollständig vorliegen, da durch die Regelungen der Kompensation der Waldinanspruchnahme auch andere Behörden fachlich betroffen sind.

Die Kompensationsmaßnahmen für die Waldinanspruchnahme werden im B-Plan nach Art und Umfang (flurstückgenau) geregelt. Die zeitliche Abfolge der Maßnahmen, die besonderen Genehmigungstatbestände (z. B. nach Naturschutzrecht, UVP-Recht) werden ebenfalls abschließend im B-Plan dargelegt.

1. Art und Umfang der Kompensationsmaßnahmen

- a. Erstaufforstungsfläche
- b. und/oder Waldumbaufläche
- c. und/oder Waldrandgestaltung
- d. ggf. weitere Maßnahmen mit Flächenangabe oder anderer geeigneter Bezugsgrößen

2. Maßnahmenbeschreibung

- a. Pflanzenanzahl
- b. und Baumart(-en)
- c. und Kulturpflege bis zur gesicherten Kultur
- d. und Nachbesserung

3. Fristsetzung für Maßnahmendurchführung

4. Zeitpunkte für Zwischen- und Schlussabnahmen

5. Sicherheitsleistung

- a. Fälligkeit
- b. und Höhe
- c. und Art der Sicherheit
- d. und Zeitraum

6. besondere Genehmigungstatbestände

- a. Entlassung bzw. Ausnahmegenehmigungen für Schutzgebiete nach Naturschutzrecht oder Biotop gemäß § 32 BbgNatSchAG³
- b. Prüfpflichten gemäß UVPG des Bundes und UVPG Brandenburg bei Erreichen der Schwellenwerte für Waldrodung und/oder Erstaufforstung (entfällt voraussichtlich)
- c. Erstaufforstungsgenehmigung für Ausgleichs- und Ersatzflächen

7. Flächenverfügbarkeit durch unwiderrufliche (vertragliche) Sicherung der Ersatz- und Ausgleichsflächen bis zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme.

Erreicht der B-Plan die forstrechtliche Qualifizierung nicht oder ist dies nicht beabsichtigt, so muss zur Umsetzung der Nutzungsartenänderung im anschließenden Genehmigungsverfahren über die Zulassung der Waldumwandlung mit Kompensationsfestsetzung entschieden werden.

Zur flächenscharfen Abgrenzung von Wald nach § 2 LWaldG und zur Vorabstimmung der festzusetzenden Kompensationsmaßnahmen wird die direkte Kontaktaufnahme mit dem Leiter des Forstrevieres Ludwigsfelde, Herrn Rolle (0172 3143992, Lukas.Rolle@lfb.brandenburg.de), empfohlen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

i.V. H.Kiwitt

Dieses Dokument wurde am 12.12.2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Rechtsgrundlagen

1. Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr.06], S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. April 2019 (GVBl. I/19 [Nr. 15])

2. Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221) geändert worden ist
3. Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 3], S., ber. GVBl.I/13 [Nr. 21]), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl.I/20, [Nr. 28])